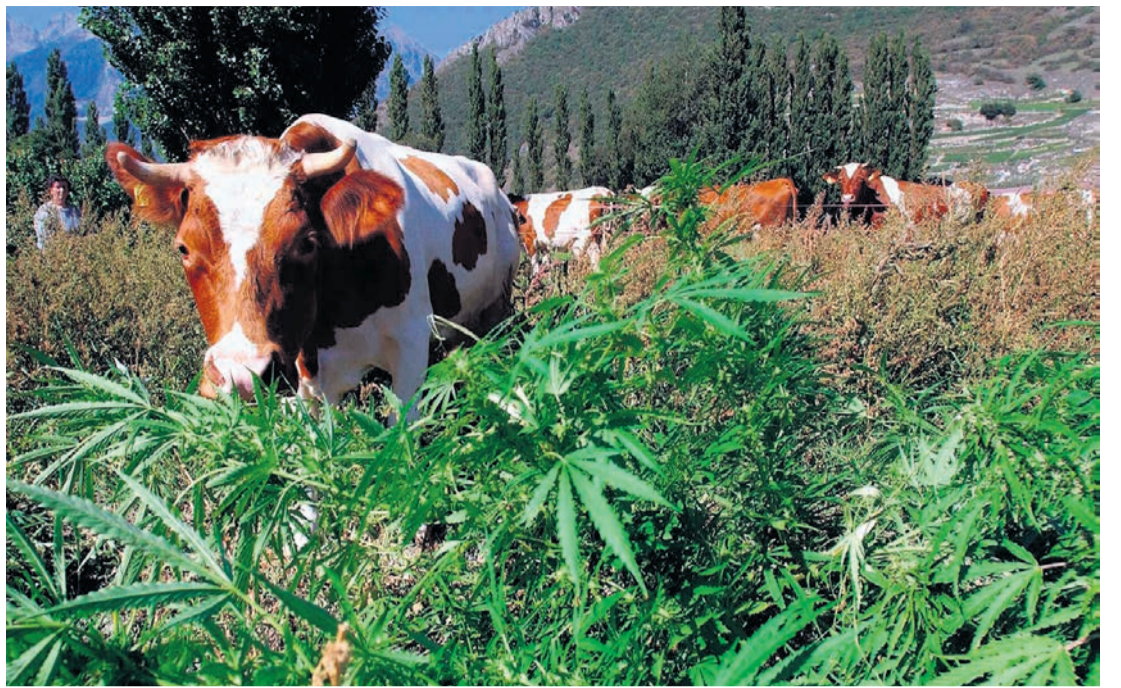


CANNABISVERBOT

Kiffen im Cannabisverein

Es kommt Bewegung in die Schweizer Cannabispolitik. In Genf zielt ein Pilotprojekt auf jene Altersgruppe, die sich am brennendsten fürs Kiffen interessiert: die Minderjährigen.

VON CATHRIN CAPREZ



Auch BäuerInnen (und Kühe) könnten vom Hanfanbau profitieren. FOTO: OLIVIER MAIRE, KEYSTONE

Cannabis soll legal werden – dieses Ziel verfolgen verschiedene Schweizer Städte mit einem Pilotprojekt zur regulierten Cannabisabgabe. Seit zwei Wochen liegen die Unterlagen auf dem Tisch der Genfer Kommission für Abhängigkeiten. Versuchsweise will Genf Cannabisvereine gründen. Dort sollen registrierte Mitglieder kontrolliert angebautes Cannabis kaufen dürfen. Die Bewilligung wollen mehrere Städte Anfang nächstes Jahr gemeinsam beim Bundesamt für Gesundheit beantragen.

Brisant am Genfer Vorschlag: Prinzipiell soll es auch möglich sein, Cannabis an Minderjährige abzugeben. Sandro Cattacin, Soziologieprofessor in Genf und Vertreter der aktuellen Städteinitiative, erklärt: «Die Mehrheit der Konsumierenden ist minderjährig und hat grösstenteils keine Probleme mit dem Kiffen. Aber es gibt Jugendliche, die abzustürzen drohen. Diese wollen wir mit einem Stabilisierungsprogramm auffangen können. Solche Programme könnten besonders bei Jugendlichen viel bessere Resultate zeigen, als wenn man sie in Haft oder in ein Entzugsprogramm steckt.»

Wissenschaftlerinnen und Dealer

Die Vorarbeiten für den Genfer Projektvorschlag hätten in einer bunt gemischten Runde stattgefunden, sagt Cattacin. «Wir hatten Wissenschaftler, Jugendarbeiter, Konsumierende, Dealer, Bauern und sogar einen Professor für Verkehrssicherheit mit am Tisch. Da wurde mir erst richtig bewusst, wie perfekt organisiert das Geschäft mit Cannabis abläuft!»

Der Genfer Vorschlag orientiert sich an der Realität: Die meisten Cannabiskonsumierenden sind jung. Das jüngste Suchtmonitoring des Bundes aus dem Jahr 2014 ergab, dass sie durchschnittlich sechzehn Jahre alt sind, wenn sie mit dem Kiffen anfangen. Von den befragten Jugendlichen zwischen fünfzehn und neunzehn Jahren gab jeder fünfte an, in den vergangenen zwölf Monaten Cannabis geraucht oder gegessen zu haben.

Ab dreissig nimmt der Anteil an Cannabiskonsumierenden in der Schweizer Bevölkerung stark ab – allerdings nicht, weil die Repression besonders gut greifen würde. Mehr als die Hälfte jener, die aufhören, verlieren schlicht das Interesse an der Substanz.

Aus gesundheitlicher Sicht wird Cannabis heute ähnlich eingestuft wie Alkohol oder Tabak – mit gravierenderen Folgen bei Jugendlichen als bei Erwachsenen. Für junge KifferInnen belegen verschiedene Studien einen Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder Schizophrenie. Dazu Cattacin: «Die Veranlagung für Psychosen lässt sich heute in vielen Fällen im persönlichen Gespräch abklären. Dabei werden unter anderem psychische Erkrankungen in der Familie, die Anfälligkeit für Depressionen und das Stressverhalten untersucht.» Viele dieser Abklärungen liessen sich über die «Verein-Lösung abfangen, ist er überzeugt.

Auf nationaler Ebene wären die Erfolgschancen eher klein.

Auch Frank Zobel, Vizedirektor der Stiftung Sucht Schweiz, weiss von einzelnen Fällen psychotischer Jugendlicher. «Doch die Gefahr einer Psychose besteht beispielsweise auch bei Alkohol und muss mithilfe von Fachleuten angegangen werden. «Sucht Schweiz» unterstützt das Cannabis-Pilotprojekt, damit endlich in der Realität untersucht wird, was eine Regulierung von Cannabis bewirken kann und was nicht.»

Hoffnung auf die Städte

Stadträtin Franziska Teuscher leitet die Vorbereitungen zum Pilotprojekt in der Stadt Bern. «In Bern wird das Pilotprojekt auf Erwachsene ausgerichtet sein», sagt sie. So laute der politische Auftrag, den das Stadt-Berner Parlament und die Regierung verabschiedet haben. Grundsätzlich findet Teuscher die Kriminalisierung von Cannabis stossend. «Wir haben Gesetze, die Cannabis verbieten, die aber nicht durchgesetzt werden können. Da gibt der Staat ein schwaches Bild ab.»

Gegenwind erhält das Projekt in der Stadt Bern lediglich noch von der SVP. «Sogar die Bauern haben wir mittlerweile gewinnen können. Die erhoffen sich eine zusätzliche Einnahmequelle, wenn sie den Hanf liefern könnten.» Den Einwand, die Jugendlichen würden durch eine Regulierung von Cannabis ungenügend geschützt, kann Teuscher nicht nachvollziehen. «Ganz im Ge-

genteil: mit einer Regulierung könnten wir die Prävention und den Jugendschutz verstärken!»

International kommt seit einigen Jahren Bewegung in die Cannabispolitik: Portugal entkriminalisierte vor bald fünfzehn Jahren sämtliche Drogen, ohne dass das Land heute markant mehr Cannabiskonsumierenden zählt – dafür sank die Anzahl Drogentoter. Vor zwei Jahren legalisierte Uruguay Cannabis als weltweit erstes Land und stellte Handel und Verkauf unter staatliche Kontrolle. Und vergangene Woche erklärte Mexikos oberster Gerichtshof den Anbau und Konsum von Marihuana für den persönlichen Bedarf weitgehend für legal. Das Urteil ist zugleich ein Signal an das organisierte Verbrechen in Mexiko, das bereits ein Drittel seiner Gewinne mit Cannabis erwirtschaftet.

Sandro Cattacin kann das neu besetzte Schweizer Parlament in Sachen Drogenpolitik noch nicht einschätzen. Ein Vorstoss zur Cannabisregulierung auf nationaler Ebene hätte seiner Ansicht nach eher schlechte Chancen. Aber in den Städten sei die Bevölkerung sensibilisierter für neue Ideen im Umgang mit Drogen. «Schliesslich waren wir damals überrascht, wie gut die kontrollierte Heroinabgabe funktioniert», erinnert er sich. Auch Franziska Teuscher setzt grosse Hoffnung in die aktuelle Initiative. «In der Drogenpolitik waren es immer die Städte, die etwas Neues gewagt haben.» Sie wäre auch mit einem Pilotprojekt in kleinem Rahmen zufrieden. «Hauptsache, wir können endlich einen Schritt vorwärts machen und zu neuen Erkenntnissen kommen!»

AUTONOME SCHULE

Neue Adresse für die ASZ

Die Autonome Schule Zürich (ASZ) stand auf der Strasse, nachdem die Zwischennutzung in Zürich Altstetten Anfang November ausgelassen war. Daraufhin verlegte das MigrantInnenkollektiv seinen Unterricht auf den Sechseläutenplatz und in den Lichthof der Universität Zürich. Nun hat die ASZ Räumlichkeiten am Sihlquai 125 bezogen. Sie sucht weiterhin nach einer längerfristigen Lösung.

Eine zusätzliche erfreuliche Nachricht: Die Paul-Grüninger-Stiftung in St. Gallen hat der ASZ soeben einen Anerkennungspreis von 10 000 Franken zugesprochen.

CATHRIN CAPREZ

PRÄIMPLANTATIONS-DIAGNOSTIK

Referendum auf der Kippe

«Ich kann keine konkreten Zahlen nennen, aber es wird knapp», sagt Dirk Meisel vom überparteilichen Referendumskomitee gegen das neue Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG). Dessen Kernstück ist die Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID), die in der Schweiz bisher verboten war. Am 14. Juni wurde jedoch eine entsprechende Verfassungsänderung mit 62 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Behindertenverbände und VertreterInnen verschiedener Parteien von ganz links bis ganz rechts lancierten darauf im September das Referendum. Während BefürworterInnen mit der Vermeidung von Leiden argumentieren, kritisieren die GegnerInnen die Selektion zwischen lebenswertem und minderwertigem Leben. Unterschriften können auf www.fmedg-nein.ch noch bis 20. November eingereicht werden. **NO!**

Es liegen zwanzig Jahre zwischen dem ersten zögerlich gezeichneten Messerstecherinsert und den Leni-Riefenstahl-Willensfilmen des diesjährigen Wahlkampfes: Die SVP zieht die Schraube langsam, aber beharrlich an. Ausser Lukas Bärfuss äussert sich kaum noch jemand zur Radikalisierung. Die meisten sind einfach still. Sie tun genau das, was sie bei den MuslimInnen kritisieren, wenn es darum ginge, sich gegen die IslamistInnen zu wehren.

Wer sich von der SVP «mehr Geld im Portemonnaie» verspricht, sollte nicht allzu viel erwarten. Die Steuern werden bald massiv erhöht oder in Naturalien oder Sex beglichen werden müssen.

Wenn die SVP den Gesamtbundesrat stellt, wie ihre WählerInnen dies bestellt haben, und zwar mit einem reinen Männergremium aus Oskar Freysinger (VS), Erich Hess (BE), Toni Brunner (SG), Gerhard Pfister (ZG), Mario Fehr (ZH), Andreas Glarner (AG) und Magdalena Martullo-Blocher (GR) – Zusatzzahl: Roger Köppel (ZH) – wird die Schweiz nicht zum neoliberalen Nachwachterstaat mit sprudelnden Geldquellen für die Reichen und florierender Sklavenwirtschaft, sondern zu einer der teuers-

ten und ineffizientesten Staatsorganisationen der Welt.

Alleine die arbeitslosen SchweizerInnen, die anfallen, wenn Firmen wegen der Überalterung, der Rechtsunsicherheit, der Willkür, der fehlenden Menschenrechte und der Abschottung die Schweiz verlassen und sich in den USA und Lateinamerika ansiedeln, werden Abermilliarden an Sozialkosten verursachen. So ist es günstiger, sie bis 67 der Arme zuzuführen, deren Bestand gegen vier Millionen Besoldete gehen wird und bei der es nur dumm wäre, diese nicht endlich in einem Krieg gegen die USA einzusetzen; natürlich unserer humanitären Tradition verpflichtet zusammen mit den europäischen Alliierten aus Putinrussland, Lepenfrankreich, Lutzdeutschland, Orbanungarn und Stracheösterreich. Doch dies bleibt wohl ein Traum der internationalen NationalistInnen, denn die meisten sind nationale NationalistInnen und wollen lieber gleich mit dem Nachbar balkanesk Grenzstreitigkeiten ausfechten als koordiniert gegen den grossen Satan USA kämpfen, wo man gar noch mit dem IS und al-Kaida zusammenarbeiten müsste, was zwar gewalttechnisch okay wäre, nicht aber wegen

der Kleider (Pyjamas). Zum Glück kann ein Teil der unbeschäftigten Schweizermasse für die Paraden und Fahnenspiele der Christoph-Blocher-Verherrlichungswochen eingesetzt werden, wo auf den Tribünen des Stade de Suisse Anker-Bilder mit Farbtafeln nachgestellt werden.

Die Investitionen in Bauernstand und Arme werden das BIP kurzzeitig befeuern, aber wenn kein Waffengang mit grossem Gewinn von Territorium oder Bodenschätzen folgt, wird es still im Land. Die Ausschaltung der politischen GegnerInnen ist irgendwann vorbei. Die SVP-Fans werden langsam selber aufmüpfig. Die organisierten Abendlandspaziergänge für Arbeitslose durch die muslimfreie Schweiz verlieren bald ihre Wirkung. Auch das Interesse an der Widmer-Schlumpf-Beschimpfung in Felsberg schwindet (nur noch 100 000 BeschimpferInnen; im Vorjahr waren es noch 800 000). Es gibt kein Benzin mehr. Die Cayennes und X6 stehen still. Die Sanktionen der USA und ihrer verbliebenen Verbündeten greifen. Auch Bundeskanzler Lutz Bachmann kann keines liefern. Die deutschen Panzer werden zwar mit Windkraft betrieben, aber die blöden VWs haben alle deutschen Treibstoffreserven geschluckt.

Ruedi Widmer ist Cartoonist in Winterthur, 300 Meter westlich von Christoph Blochers Gemäldesammlung.



WICHTIG ZU WISSEN

Sex statt Steuern

RUEDI WIDMER blickt aufs Land